

ZIVILVERFAHREN

Gutachter im AvW-Anlegerverfahren wird bestellt

19. April 2012, 14:52

Anwalt: "Großer Erfolg, Anleger kommen aus der

Schusslinie"

Wiener Neustadt/Wien - Im Zivilverfahren von 1.500 Anlegern gegen den damaligen Wirtschaftsprüfer der zusammengebrochenen Kärntner Finanzfirma AvW wird das Wiener Neustädter Landesgericht einen Gutachter bestellen. Bei der vorbereitenden Tagsatzung hat der zuständige Richter einen Sachverständigen vorgeschlagen, gegen den weder Anlegeranwälte noch die beklagte Gesellschaft Moore Stephens Ehrenböck spontane Einwände hatten, sagte Landesgerichtsvizepräsident Josef Glatz.

Anlegervertreter Andreas Pascher sprach von einem "großen Erfolg" für die mutmaßlich Geschädigten. "Heute konnten wir das Blatt wenden. Jetzt muss nicht jeder einzelne im Vorfeld schon aussagen. Die zentralen Haftungsfragen werden vorweg durch ein Gutachten geklärt. Dadurch kommen die Anleger aus der Schusslinie."

Haftungsfrage im Vordergrund

Die rund 1.500 Anleger, die mit Genussscheinen der AvW Geld verloren haben, werfen dem Wirtschaftsprüfer vor, das Finanzkonglomerat von Wolfgang Auer-Welsbach - er sitzt mittlerweile wegen Betrugs im Gefängnis - nicht ordentlich durchleuchtet zu haben. "Einem sorgfältigen Prüfer hätte zum Beispiel auffallen müssen, dass da Erfolgshonorare verbucht wurden, die in Wirklichkeit noch gar nicht eingenommen wurden", so Pascher.

Der Gutachter wird sich nun mit der Haftungsfrage auseinandersetzen. "Unter der Prämisse, dass der Beklagte seinen Pflichten nicht entsprochen hat, wird man in jedem Einzelfall prüfen müssen, inwieweit das kausal für die Kaufentscheidung war", erläuterte Gerichtssprecher Glatz. Sprich, das Gericht müsste jeden einzelnen der 1.500 Anleger einvernehmen. Sieht der Gutachter dagegen keine Verstöße des Wirtschaftsprüfers, haben die Anleger keine Schadenersatzansprüche.

Insgesamt sind fast 2.500 Anleger gegen Moore Stephens Ehrenböck vor Gericht gezogen. Da die Gesellschaft ihren Sitz in Neunkirchen in Niederösterreich hat, wird der Fall in Wiener Neustadt verhandelt. Neun Anwälte haben die Ansprüche ihrer Mandanten gebündelt, das Landesgericht hat daraus zwei Megaverfahren gemacht. Heute ging es um einen Streitwert von rund 45 Mio. Euro, sagte Glatz. (APA, 19.4.2012)

© derStandard.at GmbH 2012 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.